

# Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Berantwortlicher Redakteur: Julius Braun in Freiberg.

№ 21.

Er erscheint jeden Sonntag Abends 7/7 Uhr für den  
andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf.,  
zweimonatlich 1 M. 50 Pf. und einmonatlich 75 Pf.

37. Jahrgang.  
Dienstag, den 27. Januar.

Inserate werden bis Vormittag 11 Uhr angenom-  
men und beträgt der Preis für die gewöhnliche Zeile  
oder deren Raum 15 Pf.

1885.

## Nachbestellungen

auf die Monate

### Februar und März

werden zum Preise von 1 M. 50 Pf. von allen  
kaiserlichen Postanstalten sowie von den be-  
kannten Ausgabestellen und der unterzeichneten  
Expedition angenommen.

Expedition des Freibergers Anzeiger.

## Kolonisation und Sozialdemokratie.

Hätte die sozialdemokratische Verheißung nicht schon die ungeheuerlichsten Blüten getrieben, so daß man bei ihr stets auf das Undenkbare gefaßt sein muß, man würde es nicht für möglich halten, daß die deutsche Kolonisationsbewegung gerade innerhalb der Arbeiterpartei am wenigsten gemüßigt und am meisten verspottet und verlästert wird. Erhält die Bewegung doch mit Rücksicht auf die erhoffte Milderung sozialer Nothstände in den maßgebendsten Kreisen ihren stärksten Herzschlag und ihre sittlichste Triebfeder, so daß kein Theil der Bevölkerung ihr wärmer und lauter zujubeln sollte als derjenige, dessen spezielle Vertretung die Führer der Sozialdemokratie in Erbpacht genommen zu haben behaupten. Freilich erklärt sich die feindselige Haltung dieser Führer sehr bald, wenn man ihr agitatorisches Interesse von den wahren Interessen der Arbeiterwelt trennt und den Kerger der sozialdemokratischen Hauptlinge als einen Maßstab ihrer Furcht vor den sozialen Friedensstiftungen einer mit Rücksicht auf die soziale Frage betriebenen Kolonisations- und Auswanderungspolitik betrachtet. In der That, dieser Kerger und diese Furcht sind in jeder Hinsicht begründet. Die republikanischen Leiter der Sozialdemokratie bemerken in der deutschen Kolonialbewegung einen Geist und einen Maßstab, der ihren Volkseinfluß zu entzweien droht. Fürst Bismarck, welcher der deutschen Kolonialbewegung den Stempel seiner weltgeschichtlichen Größe aufdrückt, ist derselbe staatliche Machthaber, welcher sich als „Anwalt des kleinen Mannes“ ankündigte und diese Anwaltschaft ganz gewiß auch in seinen kolonialpolitischen Berechnungen wahrnimmt. Als Leute von großer Klugheit sagen sich die sozialdemokratischen Führer, daß unsere Staatslenker ihrer Kolonialpolitik keinen Zuschnitt geben werden, welcher keine Rücksicht auf die Anforderungen der sozialen Frage nimmt, ja umgekehrt das soziale Elend sogar steigern würde. Was die sozialdemokratischen Blätter in dieser Hinsicht mit Hinweis auf das steigende soziale Elend in England behaupten, wird von ihnen selbst ganz gewiß als bloßer Scheinbeweis erkannt, denn ihre oberste Autorität, Karl Marx, hat ja nachgewiesen, daß dieses Elend nicht in der Kolonialpolitik wurzelt. Vor allen Dingen aber beweisen schon die ersten Schritte des Fürsten Bismarck auf der neuen Bahn, daß er sich der industriellen und sozialen Gefahr eines von fremder Zollwillkür abhängigen Exports sehr wohl bewußt ist und auch die Mittel kennt und zu gebrauchen weiß, um den deutschen überseeischen Export fremden Zollsperrungen zu entziehen. Indem er den unermesslichen Märkten Innerafrikas die Zollfreiheit durch internationale Verträge sichert, sichert er dem deutschen Export dorthin für die Zukunft eine Stabilität, wie sie der englische Export seither nur in den eigenen Kolonien hatte. Die industrielle und damit auch die soziale Bedeutung dieses diplomatischen Meisterwerks ist früher nicht genügend gewürdigt worden, am wenigsten in der Geistesnacht sozialdemokratischer Verheißung, von der unsere Arbeiterkreise eingehüllt und getrennt sind vom unbrechenden neuen Tage nationaler und wirtschaftlicher Hoffnungen.

Fürst Bismarck wies die Forderung des Normalarbeits-  
tages besonders deshalb entschieden zurück, weil in seinem  
System andere Hebelwerke zur Verbesserung der sozialen  
Nothstände, zur Hebung der arbeitenden Klassen vorgesehen  
sind. Unter diesen Hebelwerken steht die Kolonialpolitik  
in erster Reihe. Man erinnere sich der Gesichtspunkte,  
unter welchen dem Reichskanzler seit 4 Jahren eine kolonial-  
politische Initiative ans Herz gelegt wurde. Es war die  
andauernde Ungunst der wirtschaftlichen Lage unseres  
Vaterlandes, die ungenügende Zunahme des Absatzes un-  
serer Industrie, die mehr und mehr abnehmende Rentabilität  
der Kapitalanlagen innerhalb unseres gegenwärtigen Wirt-

schaftsgebiets, die Ueberfüllung aller Erwerbszweige mit  
tüchtigen Kräften, welche daheim keine Verwendung mehr  
finden können, die steigende Unzufriedenheit aller Berufs-  
zweige, namentlich des Arbeiterstandes, mit den Gelegen-  
heiten zur Arbeit und dem Ertrag und Erfolg ihrer Arbeit,  
die zunehmende Noth unseres Mittelstandes und das immer  
stärkere Anwachsen unseres Proletariats, die drohenden Uebel-  
stände unseres Volkslebens, veranlaßt durch solche gedrückte  
Wirtschaftsverhältnisse, die jährlich wachsende Zahl solcher  
Verbrechen, die im Wesentlichen auf Erwerbslosigkeit und  
Verzweiflung zurückzuführen sind, die äußerlich unterdrückte,  
im Stillen aber wachsende sozialdemokratische Bewegung,  
die Abnahme der Thakraft und des Unternehmungsgewisses,  
des sittlichen Ernstes und ideellen Strebens auch in den  
gebildeten Klassen, die schädlichen Wirkungen unserer  
Massenauswanderung nach unter nationalen Gesichtspunkten  
verlorenen Posten und Gebieten — diese Gesichtspunkte  
und Thatfachen wurden dem Reichskanzler bei Befürwortung  
einer aktiven deutschen Kolonialpolitik vor Augen geführt.  
Es wurde in solcher Politik eine Ausdehnung unseres  
Wirtschaftsgebiets, eine Vermehrung unseres Exporthandels,  
eine rentable Verwendung unseres Ueberflusses an Kapital,  
Intelligenz und Arbeitskraft, eine Hebung des Wohlstandes,  
der Geschäfte, der Fabriken und Löhne und damit ein  
großer, ja der größte Beitrag zur Lösung der  
Arbeiterfrage erblickt.

Als kluge Leute merken die republikanischen Führer der  
Sozialdemokratie, daß die großen Beispiele und Maßstäbe  
des Fürsten Bismarck auch im deutschen Volke, zunächst  
innerhalb der höheren Klassen, ähnliche Maßstäbe für die  
Privat-Initiative erzeugen und einem Zustand nationaler  
Erstarrung und Kleinlichkeit und damit auch dem der  
sozialdemokratischen Herrlichkeit ein Ende machen werden,  
denn diese letztere ist ja nur ein Produkt jener Ermattung.  
Die Sozialdemokratie verachtet zwar die Geschichte, aber  
das wird ihr daraus doch wie ein Phänomen entgegen-  
leuchten, daß der einmal erwachte deutsche Volksgenius  
keine halben Arbeiten verrichtet, also, von einem großen  
Beispiel aus dem Schlummer gerissen, auch auf den neuen  
Bethätigungsfeldern der überseeischen Kolonisation, der  
Sozialreform und der inneren Ueberwindung der Sozial-  
demokratie ganze Arbeit verrichten wird.

## Tageschau.

Freiberg, den 26. Januar.

Die freie wirtschaftliche Vereinigung des **deutschen**  
Reichstages sieht die von der Reichsregierung vorgeschlagene  
Erhöhung der Getreidezölle nicht als genügend an  
und will beim Reichstage die Erhöhung des Roggenzollens und  
Weizenzollens auf je drei Mark beantragen. Dagegen sprechen  
sich zahlreiche größere Gemeindevertretungen wider jede Ge-  
treidezoll-Erhöhung aus. Nürnberg und Regensburg haben  
dies bereits gethan und in Berlin wird zu diesem Zwecke eine  
Massenpetition vorbereitet. Auch die Stadtverordnetenver-  
sammlung zu Stettin beschloß eine Petition gegen die Erhöhung  
der Getreidezölle. Den Stettiner Blättern zufolge hat aber  
der dortige Regierungspräsident an den Magistrat das Verbot  
gelangen lassen, den Beschluß der Stadtverordneten-Verzam-  
lung zur Ausführung zu bringen. Man wird, da derartige  
Beschlüsse auch von anderen Kommunalvertretungen gefaßt  
worden sind, bald erfahren, ob das Verbot der Ausführung  
auf einer allgemeinen Anordnung beruht oder nicht. Die  
Frage, wie weit der Bereich der kommunalen Interessen geht,  
innerhalb dessen die Zuständigkeit der städtischen Vertretungen  
sich bewegt, ist, als der Berliner Stadtverordnetenversammlung  
die Beratung des Singer'schen Antrages verboten wurde,  
wohl mehrfach erörtert, aber nicht zum Austrag gebracht  
worden.

Der deutsche Reichstag nahm am Sonnabend die Be-  
rathung des Etats der Zölle und Verbrauchssteuern vor, den  
die Kommission zur unveränderten Annahme empfahl. Es  
lag ein Antrag des Abg. Grafen v. Saxe vor, den Bundes-  
rath zu ersuchen, einen Beschluß dahin zu fassen, daß für das  
Kreditjahr 1884/85 die Frist für die Entrichtung der Rüben-  
zuckersteuer von sechs auf neun Monate verlängert werde.  
Abg. Dr. Buhl beantragte dagegen, die verbündeten Regie-  
rungen zu ersuchen, dem Reichstage mit möglichster Beschleunigung  
einen Gesetzentwurf über die Erhöhung der Branntwein-  
steuer vorzulegen, in welchem die Interessen besonders der  
kleinen landwirtschaftlichen Brennereien eine entsprechende Be-  
rücksichtigung fänden. Der Referent Abg. v. Wedell-  
rücksichtigte diesen Antrag. Der Referent Abg. v. Wedell  
Malchow begründete zunächst die Vorschläge der Kommission.  
Sodann interpellirte Abg. Dr. Müller die Regierung über

ihre Absicht, die Petroleumzölle als Völkerverwehrenden  
zu lassen und dadurch die Einführung des amerikanischen  
Petroleum zu erschweren. Staatssekretär v. Burchard  
gab zu, daß ein ähnlicher Antrag allerdings dem deutschen  
Bundesrath zur Beschlußfassung unterbreitet worden sei, wor-  
auf Abg. Dr. Müller die Kompetenz des Bundesrathes be-  
züglich der Tara-Beuerung des Petroleums anzweifelte.  
Der deutschfreisinnige Abg. Brömel stellte die Finanzlage  
als höchst unerfreulich dar. Die Regierung behauptete zwar,  
daß eine Zunahme der Ergebnisse der Tabaksteuer statfinde, doch sei  
dies ungewiß. Der Redner schilderte ferner die Nothlage, in welche  
zahlreiche Gewerbebetriebe in Folge der neuen Zollpolitik und  
namentlich in Folge der Holzölle gerathen sind. Besonders  
beklagenswerth sei, daß bei uns die Zölle heute beschloffen  
und morgen eingeführt werden; die Geschäfte finden dabei keine  
Zeit, sich auf das Inkrafttreten des neuen Zolles vorzubereiten,  
und werden nur um so schwerer betroffen. Die Erfahrung habe  
die Behauptung widerlegt, daß das Ausland die Zölle trage  
von einer weiteren Entwicklung dieses Zollsystems müsse man  
die schlimmsten Folgen für unsere wirtschaftliche Entwicklung  
befürchten. Hierauf entgegnete Staatssekretär v. Burchard:  
Die verbündeten Regierungen haben sich bei der Einführung  
von Zollbestimmungen stets an das Gesetz und an den Sinn  
und Zweck desselben gehalten. Wenn daraus Nachteile für  
einzelne Interessenten entstanden sein sollten, so sei das zu be-  
dauern, aber die verbündeten Regierungen treffe kein Vorwurf.  
Außerdem werden solche Einführungen lange vorbereitet und  
den Interessenten lange Gelegenheit geboten, ihre Vorkehrungen  
gegen die Wirkung der Zölle zu treffen. Daß von den Re-  
gierungen der Einzelstaaten Einwirkungen auf die verbündeten  
Regierungen geübt würden, ist ganz unrichtig, auch gar nicht  
verhältnißmäßig, wie dies geschehen sollte. Nach weiteren Be-  
merkungen der Abg. Trimbom, Brömel und Grad wurde  
die Debatte geschlossen und Titel 1 (Zölle) unverändert ge-  
nehmigt. Bei Titel 2 (Tabaksteuer) konstatirte der Staats-  
sekretär v. Burchard auf eine Anfrage, daß seit der Ab-  
kehrung der Monopolvorlage die Regierung der Frage noch  
nicht näher getreten sei, wann eine anderweitige Regulierung der  
Beuerung des Tabaks zu erfolgen habe. Nach kurzer De-  
batte, an welcher sich die Abgg. Grad, Buhl und Kopper  
betheiligten, wurde dann auch der Titel 2 genehmigt.

Bei der am Sonnabend im preussischen Abgeord-  
netenhaus fortgesetzten Staatsberathung empfahl Abg.  
Peters eine Vermehrung der Loose und der Kollektoren.  
Abg. Dr. Stern regte ebenfalls eine Vermehrung der Loose  
an, um dem Ueberflusse Preussens mit braunschweigischen,  
sächsischen u. Loosen ein Ende zu machen, event. solle das  
Verbot des Spielens in auswärtigen Lotterien aufgehoben  
werden. Abg. Windthorst erklärte sich für vollständige Be-  
seitigung der Lotterien in allen deutschen Staaten. Die Abgg.  
v. Minnigerode, v. Ehnern und Dr. Wagner wünschten  
Verweisung des Etats der Lotterieverwaltung an die Budget-  
kommission. Der Minister von Scholz erkannte alle vor-  
gebrachten Beschwerden als richtig an, betonte aber, daß die  
Regierung aus Rücksicht auf das moralische Urtheil des Volkes  
bisher vermied, mit einem Antrage auf Vermehrung der Loose  
herzutreten. Es sei also viel eher Sache der Landesver-  
tretung, ihre Ansicht auf diesem Gebiete zu bezeugen. Die  
Vermehrung der Kollekten könne in Betracht gezogen werden.  
Nachdem die Verweisung an die Kommission beschlossen worden,  
wurden die Etats der Seehandlung, der Münzverwaltung u. f. w.  
ohne jede Debatte genehmigt. Beim Etat des „Deutschen  
Reichs- und Preussischen Staatsanzeigers“ rügte Abg. Bachem  
die tendenziöse Zusammenstellung der Zeitungsstimmen in diesem  
Blatte, durch welche der Reichstag und einzelne ihm angehörige  
Mitglieder beleidigt würden. Der Minister von Puttkamer  
behauptete, daß diese Zeitungsstimmen nur den Zweck hätten,  
ein unparteiisches Spiegelbild der Zeitverhältnisse zu geben;  
in dem halbofficiellen Blatte dagegen würde natürlich die  
Auslese diejenigen Zeitungsansichten wiedergeben, welche mit  
den Zielen der Regierung einverstanden sind. Die im „Staats-  
anzeiger“ wiedergegebenen Zeitungsstimmen über den Beschluß  
vom 15. Dezember würden in weiten Volkskreisen getheilt.  
Abg. v. Stablewski beklagte sich über das tendenziöse  
Vorgehen des „Staats-Anzeigers“ gegen die Polen, worauf  
der Minister von Puttkamer entgegnete, daß der Regierung jede  
Antipathie gegen die Polen ferngelegen habe, da sie nur die auf die  
Wiederherstellung Polens gerichteten Bestrebungen bekämpfe.  
Darauf betonte Abg. Windthorst nochmals, die Bewegung gegen  
den Beschluß am 15. Dezember sei eine gemachte Sache ge-  
wesen. Die Kritik des Beschlusses stand nur den Wählern zu,  
anzulässig war aber die Aufhebung des Volkes gegen den  
Reichstag. Durch die jetzige Verheißung des Volkes würden  
wir in die Zustände der französischen Revolution gerathen.